

Was sollen wir tun?

Überlegungen zum Weg zu einer effektiven Klimapolitik

Liebe Leserin, lieber Leser!

Angesichts der bedrohlichen Erhitzung unseres gemeinsamen Planeten gehen die Klimaschutzmaßnahmen sowohl in Österreich als auch weltweit viel zu langsam voran. Die zahlreichen Krisen und das Erstarken des Rechtspopulismus drohen einen wirksamen Klimaschutz auf das Abstellgleis zu verbannen. Dennoch: „Für Pessimismus ist es zu spät“, wie Helga Kromp-Kolb schreibt. Die Zeit drängt und es darf nichts unversucht bleiben, die Entwicklung in einem einigermaßen erträglichen Ausmaß zu begrenzen. Die Hoffnung liegt darin begründet, dass nicht die Gesellschaft als anonyme Masse den Entwicklungen passiv ausgeliefert ist, sondern „wir alle“ die Verantwortung dafür tragen, dass das Leben auf unserem Planeten auch in Zukunft lebenswert sein wird.

Diese Abhandlung will provozieren, wörtlich übersetzt „herausrufen“ aus dem Gefühl der Ohnmacht und Resignation. Sie erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versucht holzschnittartig einzelne Aspekte zu skizzieren. Die zentrale Frage ist, etwas frei formuliert: Wie kriegen wir's gebacken?

Basis ist der Versuch, Mechanismen wie die Gleichgültigkeit der Gesellschaft und Halbherzigkeiten in der Politik zu verstehen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Es wird der Blick auf das Potential der Zivilgesellschaft gerichtet, um am Ende einen Ausblick auf mögliche Schritte zu werfen, die eine neue Bewegung ermöglichen könnten.

Der Focus auf die Politik ist der Dringlichkeit von wirksamen Maßnahmen geschuldet. Natürlich ist Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen, vor allem auch in den Schulen, unerlässlich. Doch da besser heute als morgen die Treibhausgas-Emissionen entscheidend reduziert werden müssen, was nur über politische Entscheidungen geht, wird hier der direkte Weg über die Politik erörtert.

Wenn die Überlegungen zum Gespräch beitragen und die Fantasie anregen, ist schon ein erstes Ziel erreicht. Und wenn sie das Pflänzchen Hoffnung nähren, dass wir gemeinsam einen lebenswerten Planeten erhalten können, ein zweites. Und wenn sie gar Lust wecken, selbst Verantwortung zu übernehmen und an einem Netzwerk für dieses Ziel mitzuknüpfen, dann ist die Rechnung voll aufgegangen... Herzliche Einladung!

Martin Brait

Reaktionen und Ideen jeder Art, die dem Schutz des Klimas dienen können, gerne an: martin.brait@gmx.at.

1. Die prekäre Situation der Erde

Die Zeit drängt. Die seriöse Wissenschaft ist sich einig, dass nur wenige Jahre bleiben, um das Ruder herumzureißen, dass das „Schiff Erde“ nicht in die Katastrophe steuert. Der rasante Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperaturen sowie der Extremwetterereignisse in den letzten Jahrzehnten warnen eindringlich.

Der wichtigste Hebel zur Stabilisierung ist eine schnelle Reduktion von Treibhausgasemissionen auf allen Ebenen und in allen Ländern. Natürlich sind diejenigen Gesellschaften besonders unter Zugzwang, die viele Emissionen verursachen – Österreich gehört dazu. Weitere wichtige Themen sind unter anderen Bodenversiegelung, Müll, Verschmutzung der Meere oder das Artensterben.

„Gegen die Wirklichkeit hilft kein Wünschen“, sagte mal jemand. Entgegen vielfachen Versuchen, das Thema zu „moralisieren“ oder in eine ideologische Ecke zu stellen, ist wichtig zu betonen, dass es beim Klimawandel um rein physikalische Prozesse geht, die den Naturgesetzen gehorchen. Es spielt keine Rolle, ob man „an den Klimawandel glaubt“ – er geschieht einfach. Es geht um messbare und berechenbare faktische Entwicklungen mit extrem bedrohlichen Folgen. Millionen Thermometer lügen nicht.

Fakt ist, dass die zunehmende Erderwärmung extrem teuer ist und Wohlstand vernichtet. Katastrophenschäden und Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen verursachen enorme Kosten – ein Vielfaches dessen, was wirksame Klimaschutzmaßnahmen kosten. Eine konstruktive Wirtschafts- und Sozialpolitik wird durch die Klimakrise torpediert, weil das Geld fehlt.

Weil die Klimakrise alle Menschen fundamental betrifft, und weil nicht individuelles klimafreundliches Handeln ausreicht, sondern klare gesetzliche Rahmenbedingungen für wirksamen Klimaschutz notwendig sind, ist es kein „Liebhaberthema“ einzelner Idealisten oder Aktivisten, sondern ist Kernthema aller Verantwortungsträger*innen in Politik und Wirtschaft. Der Weg führt über die Politik, denn Gesetze werden im Parlament und in den Landtagen beschlossen.

Im Grunde herrscht Konsens darüber, wohin wir gelangen müssen, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Es braucht Klimaschutz, mit zwei Kriterien: schnell und wirksam. Um das Bild eines Hausbaus zu verwenden: Ein berechenbares Klima ist vergleichbar mit einer gesicherten Grundfeste, auf der das Haus gebaut wird.

Auf den verschiedenen Ebenen wurden Ziele formuliert (UNO, EU, Nationale Ziele...). Manche haben rechtlich verbindlichen Charakter mit Sanktionen bei Nicht-Erreichen, etwa im Rahmen des Green Deal der EU, unter anderem mit der Verpflichtung Österreichs, bis 2030 die THG-Emissionen gegenüber 2005 um 48% zu reduzieren. Weiters haben sich Gebietskörperschaften, Organisationen und Firmen darüber hinaus weitere Ziele gesetzt.

Es gibt durchaus Erfolge zu verzeichnen: Österreich schafft 2024 das dritte Jahr in Folge eine Reduktion der Treibhausgasemissionen. Noch mehr in Deutschland und vielen anderen Ländern. Weltweit werden erneuerbare Energiequellen stark ausgebaut, allen voran in China. In Norwegen liegt der Anteil der reinen Elektroautos an den Neuzulassungen bei über 90%. Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen ist in der EU schon weitgehend gelungen.

Es soll auch erwähnt werden, dass durch Klimaschutz die Welt besser wird und die Lebensqualität steigt: Gesundere Luft, weniger Lärm, bessere öffentliche Verkehrsangebote, der öffentliche Raum wird lebenswerter bei weniger Individualverkehr, wirtschaftliche Chancen durch neue Technologien oder die Steigerung der Wohnqualität bei gutem Wärmeschutz sind einige Aspekte.

Dennoch: die Menschheit im Kollektiv scheint sich taub zu stellen. Es waren nur wenige Jahre erhöhter Sensibilität, zu einem großen Teil verursacht durch die Courage eines 15jährigen Mädchens aus Schweden – nun herrschen längst wieder Ignoranz und Resignation auf vielen Ebenen. Die Pläne Donald Trumps für seine zweite Amtszeit, die Politik der Autokraten seines Zuschnitts sowie die Wahlsiege rechtsextremer Parteien in vielen Ländern, mit systematischem Leugnen des Klimawandels, sind purer Hohn auf die Zukunft der Menschheit. Die schwierige wirtschaftliche Situation in vielen Ländern veranlasst die Regierungen dazu, bereits beschlossene Ziele und Maßnahmen abzuschwächen. Und die UNO-Klimakonferenzen bieten das Bild einer Spielwiese der Öl- und Gaslobbyisten; die ernüchternden Ergebnisse der letzten COPs spiegeln diese Einflüsse.

2. Die Frage nach dem Weg zu den Klimazielen

Klimaschutzgruppen, Fachleute und Wissenschaftler*innen beschäftigen sich intensiv mit den Zielen und möglichen Maßnahmen. Aber kann es sein, dass wir in der Klimaschutz-Community einer Frage zu wenig Aufmerksamkeit schenken – nämlich der Frage, wie wir zur Umsetzung der für richtig befundenen Schritte gelangen? Es ist die selbstkritische Frage: **Wie bewirken wir die Veränderung?** Die Frage des konkreten Weges, oder der Wege, die zu den Zielen führen. Diese Frage ist unbequem, aber notwendig.

Notwendig, weil die Fakten belegen, dass wir schlicht keine Zeit zu verlieren haben. Die Zeit drängt, in wenigen Jahren muss eine deutliche Treibhausgasreduktion erreicht werden, um eine Klimakatastrophe zu vermeiden.

Unbequem, weil sie Menschen, die sich mit viel Idealismus für Klimaschutz einsetzen, zum kritischen Blick auf das eigene Engagement herausfordert. Von Natur aus tendieren wir dazu, uns dort einzubringen und zu engagieren, wo wir große Leidenschaft verspüren und/oder wo wir große Kompetenz mitbringen. Menschen, die sich aus voller Leidenschaft fürs Klima einsetzen, entwickeln kreative Ideen des Protests und Aktionismus. Aktionen, die „in sich sehr stimmig“ sind, aber nach außen mitunter sehr beschränkt wirksam bleiben. Und Menschen, die sich mit ihrer fachlichen Kompetenz engagieren, erarbeiten juristische Lösungsmodelle oder konkrete technische Vorschläge und diskutieren leidenschaftlich über Details. Damit sind diese aber noch nicht verwirklicht, sondern bleiben im Stadium des Appells.

Tatsächlich erlebt sich die Klimabewegung derzeit eher kraftlos – gut gemeint, aber mit wenig Wirkung nach außen: Die Zahlen der Teilnehmer*innen bei Demos schrumpfen, die Letzte Generation in Österreich hat ihre Straßenaktionen resigniert eingestellt. Die Gründe können vielfältig sein: Die Aufbruchstimmung von 2018 ist vorbei, und ist einem Gefühl von Hilflosigkeit gewichen, obwohl das Klimathema Alltag geworden ist. Zusätzlich nimmt der allgemeine Rechtsruck dem Thema Gewicht... Es stellt sich aber auch die Frage: Was bringt es, punktuell lautstark und symbolträchtig in der Öffentlichkeit für Klimaschutz einzutreten – und die Verantwortlichen hören/schauen nicht hin? Haben wir es uns – und den Politiker*innen – etwa zu leicht gemacht, indem wir sie als „die da oben“ in der Distanz ließen und allzu schnell zu Ignoranten oder gar Feinden erklärten? Braucht es neue Wege, etwa mehr direkte Konfrontation mit Politiker*innen, wenn Appelle nicht ausreichen?

Was sollen wir tun?

Um geeignete Schritte zu entwickeln, halte ich einen „Umweg“ über die nächsten drei Kapitel für wichtig, nämlich zu verstehen: Was läuft in unserer Gesellschaft? Dabei interessiert zum einen der Blick auf das Verhalten, die Prioritäten und die Orientierung der Menschen, die Trends in der Bevölkerung. Und zum anderen die Dynamik, wie Entscheidungen getroffen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und das Wirtschaften festgelegt werden.

3. Was „uns“ wichtig ist – Eine Kluft zwischen Anspruch und Realität

Es ist paradox: Umfragen ergeben, dass 70-80% der Menschen in Österreich für mehr Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Eine intakte Natur steht hoch im Kurs; unzählige Werbespots wirken gerade durch idyllische Bilder unberührter Landschaften.

Und doch sinkt die Bereitschaft für Klimaschutz deutlich, sobald das eigene Leben berührt wird. Die Karibik-Kreuzfahrt des Jungpensionisten macht doch das Kraut auch nicht fett. Und für viele Millennials, die sich für durchaus umweltbewusst halten, ist ein Urlaub in Fernost oder Südamerika völlig selbstverständlich. Die große Mehrheit macht sich keine Gedanken über den geheizten Pool im Garten, das Auto für jede Fahrt statt Rad oder Öffi ... Die Frage der Nebenwirkungen stellt sich einfach nicht, sie würde Unbehagen verursachen. Wer will sich schon einschränken (lassen), wenn man sich diesen Lebensstil leisten kann? Die große Mehrheit der Menschen in den Industrieländern lässt sich nicht wirklich irritieren durch die schon jetzt spürbaren und die noch zu erwartenden, viel dramatischeren, Folgen. Die selbstverständlich erachteten Ansprüche würden ihre Legitimität verlieren. Auch wenn die Fakten und physikalischen Entwicklungen eine alarmierende Sprache sprechen – die „Schlafwandelgesellschaft“ fühlt sich in Sicherheit. Unsere Reaktionsweise ähnelt der von Fröschen: Wird ein Frosch in heißes Wasser geworfen, hüpft er sofort heraus. Sitzt er jedoch in langsam sich erwärmendem Wasser, erkennt er keine Gefahr und bleibt sitzen, bis er umkommt.

Es scheint, dass wir *kollektiv schlicht blind und taub sein wollen*, was die zerstörerischen Folgen dieses beständigen Lebens auf zu großem Fuß sind. Im Klartext läuft es auf einen Fatalismus hinaus: „Wir zerstören die Erde – na und.“ Anders formuliert, vergleichbar mit dem Sinken der Titanic: „Wir gehen doch alle gemeinsam unter, darum lassen wir die Musikkapelle spielen, damit es sich nicht so dramatisch anfühlt!“ Es scheint, dass Hilflosigkeit und Angst zu Verdrängung führen.

Eine Wechselwirkung zwischen Politik und Gesellschaft ist zu beobachten: Trotz des Wissens um die Klimakrise, trotz immer häufigerer und immer heftigerer Extremwetterereignisse werden mit FPÖ und ÖVP mehrheitlich Parteien gewählt, die unter dem schönfärberischen Schlagwort „Klimaschutz mit Hausverstand“ wiederholt einschneidende Maßnahmen ablehnen oder stark abschwächen. Umgekehrt bestärken sie genau damit eine Verharmlosung der Klimakrise in der Gesellschaft. Eine viel dramatischere Dimension stellt in den USA die Wiederwahl Donald Trumps dar, der nach wie vor den menschengemachten Klimawandel leugnet und mit einer beispiellosen menschenverachtenden Dreistigkeit die USA in eine „Hinter-mir-die-Sintflut-Politik“ steuert.

4. Die „wirklichen Intentionen des Lebens“ und die Entfremdung des Menschen

Zur Einordnung der folgenden Überlegungen: Es geht um keinen Moralismus, der die Menschheit als schlecht oder verdorben kritisiert. Vielmehr sind „Verstehenslogiken“ formuliert, die als Deutungsmuster für gesellschaftliche Entwicklungen und persönliche Einstellungen dienen sollen.

Wir haben im Grunde große Möglichkeiten: Bildung, freie Meinungsäußerung, Presse- und Versammlungsfreiheit... Wir können Forderungen artikulieren und uns dafür einsetzen, was „wir wirklich wollen“, was ein gutes Leben ausmacht usw., ohne bestraft zu werden. Errungenschaften, die im Gefolge der Aufklärung in den letzten 200 Jahren erkämpft wurden.

Allerdings erweist sich das Ideal der Aufklärung, wonach der freie, gebildete Mensch mit Vernunft nach dem Besten strebe, vielfach als Utopie. Fragen wie: Was macht ein gutes Leben aus? Was hat für mich persönlich tatsächlich Bedeutung? Was brauchen wir als Gesellschaft? Was ist Gerechtigkeit? usw. werden überwuchert von anderen Interessen. Die Sache hat gleich mehrere Haken.

Das neoliberale Wirtschaftssystem der letzten Jahrzehnte hinterlässt bedenkliche Spuren. Es hat in vielen Ländern materiellen Wohlstand ermöglicht, aber die Ungleichheiten weltweit wie auch innerhalb der einzelnen Länder massiv verstärkt. Wir haben zwar progressive Steuersysteme, die dafür sorgen, dass Menschen mit größerem Verdienst prozentuell mehr Steuern zahlen als Geringverdiener*innen. Doch ironischerweise nur bis zu einem bestimmten Grad. Denn die wirklich Reichen haben für ihre Vermögenszuwächse durch Aktiengewinne oder Zinsen prozentuell viel weniger Steuern zu zahlen als Menschen der Mittelschicht für ihre Erwerbsarbeit. Das Steuersystem „findet es anscheinend unsozial“ den Wohlhabenden gegenüber, das Einkommen aus Vermögen auch nur annähernd gleich zu besteuern wie das Einkommen der Mittelschicht. Multinationale Konzerne strukturieren ihr Firmengeflecht mit dem Ziel, dass sie wenig Steuern zahlen. Wir leben also in einem System, das die materielle Ungleichheit verstärkt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht nach wie vor immer weiter auf. Eine kleine Minderheit von sehr Reichen häuft nach wie vor an, die Mittelschicht dünnt aus und die Zahl der Bedürftigen, die sich das Nötigste für den Alltag kaum leisten können, wächst. Für viele Menschen steht die Sorge um den mehr oder weniger bescheidenen Wohlstand im Vordergrund.

Ökonomische Strukturen und Realitäten sind das eine. Nicht weniger Bedeutung hat aber das Nicht-Materielle: die Vorstellung, wie ein erstrebenswertes Leben aussieht. Es geht also auch um das vorherrschende Selbstbild der Menschen in unseren Gesellschaften. Worin zeigt sich der Mainstream, was gilt in der Gesellschaft als selbstverständlich? Was hat Bedeutung und Wichtigkeit in der Lebensgestaltung? Worum bemüht man sich? Welche Bilder formieren sich in den Lebenssträumen? Wofür setzen sich Interessensvertretungen ein?

Ohne Antworten auf solche Fragen zu formulieren, und ohne diesen Fragen auch nur annähernd umfassend gerecht zu werden, möchte ich ein Blitzlicht, auf zwei Aspekte werfen:

Das allgemeine Lebensgefühl ist einer starken Entwicklung unterworfen. Nach der Katastrophe der beiden Weltkriege erlebten die Menschen in Europa einen rasanten Aufschwung mit immer größeren individuellen Freiheiten, Wirtschaftswachstum und materiellem Wohlstand. Doch die Zuversicht der Nachkriegs-Jahrzehnte, dass es jedes Jahr ein bisschen besser wird, ist einem Grundgefühl von Angst gewichen. Angst vor Teuerung, Arbeitslosigkeit, Verschlechterung allgemein; Angst vor Migrant*innen, die unseren Wohlstand gefährden; Angst vor dem Klimawandel ebenso wie vor unliebsamen Maßnahmen zum Klimaschutz... Es hängen dunkle Wolken über unserem Lebensgefühl.

Der zweite Aspekt betrifft die Werte und Ziele, wonach sich die Bürgerinnen und Bürger orientieren. Bei einer hochkarätig besetzten Veranstaltung zu diesem Thema fielen häufig Begriffe wie „Konsum“ und „was man auf dem Markt kaufen kann“. Das scheint wiederum Vaclav Havel zu bestätigen. Auch wenn er im Kommunismus in einer diametral anderen Gesellschaft gelebt hat, dürfte er mit seiner Einschätzung nicht ganz daneben liegen: Er sprach schon in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts(!) davon, dass die Gesellschaften, im kommunistischen Ostblock ebenso wie im marktwirtschaftlichen Westen, korrumpiert seien durch das alles beherrschende Narrativ des Konsums. Es spricht einiges dafür, dass sich diese Entwicklung in den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkt hat. Als erstrebenswert gilt über weite Strecken ein gemütliches, konsumorientiertes Leben, mit einem Dogma im Hintergrund: Wenn du dir viel leisten kannst, geht es dir gut. Werbespots, aber ebenso Ratgeberliteratur oder Seminarangebote stellen ein glückliches Leben durch Erfüllung der individuellen materiellen Wünsche und Bedürfnisse in Aussicht.

Der unhinterfragte Konsum hat aber eine tiefgehende Wirkung. Havel spricht deshalb von einer *Korrumpierung des Menschen*: Der entfremdet den Menschen von sich selbst und verdunkelt „die wirklichen Intentionen des Lebens“. Havel versteht darunter ganz unterschiedliche Bereiche: „Es können elementare, materielle, soziale oder Standesinteressen sein, geistige Interessen oder grundlegende existentielle Forderungen, wie das einfache Verlangen des Menschen, würdig und nach seiner eigenen Art zu leben.“ (Vaclav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, 36f.) Es ist ein Leben im Einklang mit sich selbst und seinen Überzeugungen und Zielen.

Die „wirklichen Intentionen des Lebens“ sind nicht festgeschrieben oder gar verordnet. Sie „melden sich“ in den einzelnen Menschen, zeigen sich in dem, wovon man fasziniert ist und wofür man sich einsetzt. Für die Klimafrage gehe ich davon aus, dass für die allermeisten Menschen ein Leben in einer Welt mit intakter Natur und stabilem, berechenbarem Klima, mit möglichst wenigen Extremwetterereignissen, mit wenigen Klimaflüchtlingen ebenso wie mit großer Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren zu den „wirklichen Intentionen des Lebens“ zu zählen ist.

Die Korrumpierung betrifft auch das Verständnis von Freiheit. Eine Konsumgesellschaft richtet die Aufmerksamkeit auf die individuellen Bedürfnisse und strebt vor allem an, dass der einzelne Mensch für sich persönliche Freiheiten, Sicherheiten, Lebensmöglichkeiten und Auswahlmöglichkeiten in Anspruch nehmen kann. Diese Fokussierung übersieht die Kehrseite der Medaille, den „Zwillingsbegriff“ von Freiheit: Verantwortung. Wie unzählige andere Denker weist Alexander Solchenizyn darauf hin. Er sieht in Freiheit ohne Verantwortung eine Illusion. Sie macht das Leben unmenschlich und rücksichtslos. Wie durch die Fixierung auf Konsum wird der Menschen auch durch ein verkürztes Verständnis von Freiheit von sich selbst entfremdet. Er ist, interpretiert nach Havel, „unfähig, sich seine eigene Identität zu bewahren und sich gegen seine Verflachung zu wehren; unfähig, den Rahmen seiner Sorgen um das eigene Überleben zu überschreiten und zum stolzen, verantwortungsvollen Mitglied der Polis zu werden, sich in realer Weise an der Gestaltung seines Schicksals zu beteiligen.“ (Havel, Versuch, 85)

Der Preis ist hoch und die Diagnose einer derart durch die Ideologie des Konsums korrumpierten Gesellschaft fällt folglich ernüchternd aus. Havel spricht von „*Leben in Lüge*“. Der Großteil der Menschen belügt sich nicht bewusst, erlebt sein Dasein auch nicht als „Leben in Lüge“, aber durch die selbstverständlichen Logiken von Konsum, materiellem Wohlstand und Freiheit als unbegrenzter Wahlmöglichkeit verkürzt sich der Blick unverzüglich auf die Befriedigung der eigenen (auch der suggerierten) Bedürfnisse. Die „wirklichen Intentionen des Lebens“ bleiben auf der Strecke. Die große Zahl an Burnout-Erkrankungen scheint dies zu untermauern: Häufig ist es eine starke Fokussierung auf Leistung und Konsum, die das Gespür für sich selbst und die wirklichen Bedürfnisse verloren gehen lässt und zur Lebenskrise führt. Kein Wunder, dass auch die

Sensibilität für „die anderen“ schwindet (sie können zudem potentiell als Bedrohung des eigenen Standards gesehen werden). Und erst recht für universelle Themen wie den Erhalt eines lebenswerten Planeten. Es lässt sich ja in der Logik des Individualismus sehr einfach argumentieren, dass es für das Klima überhaupt keinen Einfluss hat, ob ich klimafreundlich lebe, während alle anderen das nicht tun. Wir lügen uns damit ebenso in die eigene Tasche, wie mit den Argumenten, dass es auch früher Extremwetterereignisse gegeben habe...

Selbstentfremdung und Angst als toxische Mischung, als Nährboden für Populismus, vor allem der extremen Rechten, die in ganz Europa und vielen anderen Ländern prächtig wachsen. Und der Populismus provoziert wiederum Angst vor autoritärer Politik...

5. Die Realität der Demokratie – Ideale, Ideologien und Macht

Weniger als 8% der Weltbevölkerung leben in einer vollständigen Demokratie. Wir in Österreich haben das Glück, dazu zu gehören. Unsere Verfassung strukturiert das Machtgefüge in Gesetzgebung (Parlament), Ausführung (Regierung) und Rechtsprechung (Justiz). Das Ideal sagt: Wir wählen in Österreich regelmäßig die 183 Abgeordneten zum Nationalrat, diese diskutieren und beschließen die Gesetze, die Regierung sorgt für die Umsetzung.

Faktisch gibt die Regierung die meisten Gesetzesinitiativen vor und holt sich den Beschluss durch das Parlament, denn die Regierungsparteien halten eine Mehrheit im Parlament. Wirkliche Initiativ- und Gestaltungskraft haben also im Grunde nur die Regierungsparteien, weshalb sie in der größeren Verantwortung stehen. Interessensvertretungen wie Kammern, Gewerkschaften, Industriellenvereinigung uvm. versuchen, die Interessen einzelner Gruppen durchzusetzen. Es ist nicht verwunderlich, dass im politischen Geschäft das Auspielen von Macht und Durchsetzen von eigenen Interessen oft größeres Gewicht hat als das sachliche Argument.

Das Thema Macht ist zwiespältig, es provoziert schnell eine negative Konnotation, als ob Macht an sich ein destruktiver Wert wäre. Doch Macht ist zunächst wertfrei; sie kann positiv oder negativ eingesetzt werden. Jedes Staatsgefüge braucht Macht, um ein geordnetes gesellschaftliches Leben, Sicherheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Die demokratischen Institutionen sind durch Verfassung und Gesetze mit definierten Machtbefugnissen ausgestattet. Parteien sind einerseits Wertegemeinschaften, vor allem aber auch Machtapparate. Politik in der Demokratie hat den Anspruch, den Umgang mit der Macht zu kultivieren.

Macht ist aber zugleich gefährlich. Sie kreist um sich selbst und hat den Hang, sich zu halten und zu vermehren. Vaclav Havel spricht von der „Selbsttotalität der Macht“. Sie baut sich Stützen auf, in verschiedenen Dimensionen: Sie entwickelt eine Ideologie, die das Denken auf sie lenkt und ihrem Erhalt dient. Und sie provoziert den Hang zur Einheitsmeinung innerhalb der Partei (Stichwort Klubzwang). Es kommen deshalb weniger die Überzeugung und das Gewissen des einzelnen Abgeordneten zur Geltung; diese werden der Stimme für die Parteilinie untergeordnet. Wo Macht exzessiv angestrebt wird (autoritäre Systeme), sucht sie neben Polizei und Militär die Medien und die Justiz unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu beobachten ist dies neben vielen anderen autoritär regierten Ländern in Russland und China, in den letzten Jahren auch verstärkt in EU-Ländern wie Polen (PIS), Ungarn (Orban) und der Slowakei (Fico).

Soweit die rein politische Seite der Macht. Dazu kommen weiters als große Macht-Player die Medien, die großen Wirtschaftskonzerne und die Interessensvertretungen wie Wirtschaftskammer,

Industriellenvereinigung, Arbeiterkammer, Gewerkschaften, Landwirtschaftskammer, Ärztekammer usw. Immer stärker auch die finanzkräftigen multinationalen Konzerne.

Eine starke Demokratie weiß um die Notwendigkeit der Macht, stärkt aber auch die Organe der Kontrolle wie freie Medien, unabhängige Justiz und Bürgerrechte wie etwa Meinungs-, Versammlungs- und Redefreiheit. Bei aller Kritik an manchen Praktiken und Entwicklungen in der Politik dürfen wir uns in Österreich glücklich schätzen, nicht nur in einem der reichsten Länder zu leben, sondern auch in einem Land mit vergleichsweise sehr hohen Standards von Demokratie und Freiheit.

Nach diesen Überlegungen zu grundsätzlichen Dynamiken in der Gesellschaft wieder zurück zum Thema Klimaschutz

6. Zum Gefühl der Ohnmacht – und wem es nützt

Im November 2023 legten acht gemeinnützige Organisationen in Österreich einen „Aktionsplan für sozialen Klimaschutz“ vor und forderten von der Politik eindringlich Maßnahmen ein: Rotes Kreuz, Caritas, Diakonie, Südwind, Volkshilfe, WWF, Hilfswerk, Global 2000. Seither habe ich nichts mehr davon gehört. Es ist verständlich, denn gerade soziale Organisationen brauchen „die Politik“, sie benötigen öffentliche Fördergelder oder andere Unterstützung, und es kann klug sein, „es sich mit der Politik nicht zu verscherzen“. Dennoch bleibt ein fahler Nachgeschmack: Man fordert einerseits Klimaschutz, hält sich aber in der politischen Auseinandersetzung zurück.

Viele andere NGOs heften Klimaschutz auf ihre Fahnen: Neben den expliziten Klimaschutzgruppen wie Fridays For Future und die vielen davon ausgehenden For-Future-Gruppen, Extinction Rebellion, Letzte Generation, Klimarat-Verein, Klimavolksbegehren, Greenpeace und den oben genannten NGOs fordern auch viele andere, teils sehr große Organisationen, wirksame Maßnahmen zum Erhalt des Klimas ein: Attac, Verkehrsclub, Alpenverein und Naturfreunde, Tourismusverbände, ARGE Weltläden, die Katholische Aktion und all ihre Gliederungen, die Kirchen ebenso wie die Islamische Glaubensgemeinschaft Österreichs, Pax Christi, sehr viele regionale Umwelt- und Klimainitiativen, die großen österreichischen Sport-Dachverbände ASKÖ, Sportunion und ASVÖ und viele andere mehr. Selbst die Österreichische Hagelversicherung fordert deutlich Klimaschutz ein aus der Erfahrung, dass die immer häufigeren und heftigeren Unwetterschäden kaum mehr versicherbar sind. In Oberösterreich haben sich viele zusammengeschlossen in der Klima-Allianz OÖ.

Im November 2024 wurde ein Schreiben der Wirtschaftskammer Österreich an die Koalitionsverhandlungsteams mit Forderungen nach drastischer Abschwächung der Klimaziele bekannt. Dass nur wenige Tage zuvor 125 Unternehmen (darunter etwa Spar, Lidl, A1, IKEA, Liebherr oder der Maschinenring) ein Papier mit dem Titel „Appell der Wirtschaft. Klimaschutz verstärken, Investieren unterstützen, Planbarkeit sichern“ an die künftige Bundesregierung mit geradezu gegenteiligen Forderungen veröffentlicht haben, macht eines deutlich: im Bereich der Wirtschaft wird das Thema Klimaschutz durchaus kontrovers gesehen und diskutiert.

Schließlich ist das Thema Klimawandel auch in den meisten Medien ständig präsent – die immer häufigeren Wetterextreme und Katastrophen bieten fast täglich Anlass dazu.

Dennoch: Ein Grundgefühl in unserer Gesellschaft, auch bei vielen Klimaaktivist*innen, ist Ohnmacht: Es ändert sich kaum etwas, es geht viel zu langsam, die Öllobby ist mächtiger, die Politiker*innen interessiert es nicht...

Mir scheint wichtig zu verstehen, dass diese Ohnmacht mit der Selbstentfremdung durch Konsum und Freiheits-Individualismus zu tun hat. Und dass sie von manchen Akteuren gewollt ist. Die oben formulierten Überlegungen über Macht legen dies nahe. Jedes Machtsystem will sich selbst erhalten und Veränderung verhindern, und dafür kämpft es. In totalitären Systemen mit physischer (Waffen, Polizei, Militär...) oder struktureller Gewalt (Medien, Justiz...). In der Konsumgesellschaft liegt das „Waffenpotential“ der Macht viel subtiler: In den Versprechen der Befriedigung der Bedürfnisse. Gewählt wird mehrheitlich, wer diese am besten suggerieren kann. Zum Machtspiel gehört, dass die Bedürfnisse ständig bestätigt und neu geweckt werden. Denn wenn die Menschen daran zu zweifeln beginnen, verliert das Machtsystem als Garant der Befriedigung der Bedürfnisse seine Legitimität. Die Macht hat großes Interesse daran, die Menschen auf ihre Konsumbedürfnisse zu fixieren. In der Marktwirtschaft erfüllt die Werbung die Aufgabe, die Bedürfnisse immer neu zu wecken. Als Beispiel im politischen Bereich kann das Hochhalten des „Mythos Auto“ durch die ÖVP dienen: „Österreich ist ein Autoland“, propagiert etwa Bundeskanzler Nehammer – und das bei der statistischen Tatsache, dass Österreich den größten Anteil an Öffi-Fahrern in der gesamten EU aufweist! Warum sollte er das so betonen, wenn er nicht signalisieren wollte, dass das Auto äußerst wichtig sei und er dafür Sorge, dass auch in Zukunft den Menschen in Österreich das Auto nicht streitig gemacht wird?

Jedes Machtgefüge nutzt die Selbstentfremdung der Menschen aus: Die großen Konzerne stecken viel Geld in Werbung, um Bedürfnisse zu wecken, die die Menschen durch den Kauf der Produkte befriedigen können. Die Politik neigt zu Versprechen und Wahlzuckerl, um die Stillung der Bedürfnisse in Aussicht zu stellen. In diesem Sinne ruhig gestellte Bürger*innen werden der Macht nicht gefährlich.

Es liegt folglich im Interesse der Macht, die Bürger*innen in ihrem Individualismus zu bestärken und ihre individuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Denn zufriedene Individuen haben wenig Veranlassung, große Probleme zu bearbeiten, sich zu vergemeinschaften und Veränderungen einzufordern. Sie werden den Machthabenden nicht gefährlich.

Da Wirtschaft (in erster Linie große Konzerne und Interessenvertretungen) und Politik Machtfaktoren sind, sind sie auch ineinander verflochten. Die Wirtschaft braucht die Politik und sucht Einfluss zu nehmen für möglichst freie gesetzliche Rahmenbedingungen, um günstig produzieren zu können; die Politik wird gestützt von einer florierenden Wirtschaft, die Einkommen sichert und die Stillung der Konsumbedürfnisse der Bürger*innen ermöglicht.

Die Klimaschutz-Community fühlt sich ohnmächtig und Machtsysteme bestärken diesen Glauben an unsere Ohnmacht, indem sie uns einreden, dass „die Menschen“ keine Veränderungen wünschen. Doch sind wir so ohnmächtig?

7. Die Ohnmacht durchschauen und die Freiheit wahrnehmen, das Notwendige zu tun

In autoritären Systemen, in denen jede Opposition und freie Meinungsäußerung unterbunden und Kritik an der Regierung verfolgt wird, sind Menschen, die für Änderungen eintreten, sehr zu

Passivität verdonnert. Man kann nur im Untergrund darauf hinarbeiten, dass sich irgendwann die „wirklichen Intentionen des Lebens“ massenhaft Luft verschaffen und eine Systemänderung erzwingen. Im besten Fall unblutig wie in Osteuropa 1989.

In einer freien, demokratischen Gesellschaft ist der Schleier der Macht in Wirklichkeit dünn. Er wirkt nur, solange wir uns einreden lassen, dass der Klimawandel nicht so dramatisch sei, Klimaschutz ein individuelles Bedürfnis einzelner Spinner und ziviler Ungehorsam als Terror einzuordnen sei, Klimaschutz-Maßnahmen viel zu teuer kämen und unseren Lebensstandard beeinträchtigen würden. Und dass wir in Österreich mit engagiertem Klimaschutz die Dummen wären, weil die anderen Länder viel weniger machen würden, ...solange wir uns einreden lassen, dass dem Verbrennermotor im Individualverkehr die Zukunft gehöre, ...solange wir uns einreden lassen, dass es uns auf Dauer besser gehe bei halbherziger Klimapolitik, ...solange wir uns einreden lassen, dass Klimaschutz die Lebensqualität verschlechtert, ...solange wir uns einreden lassen, dass wir selbstverständlich Anspruch haben auf einen ausbeuterischen und zerstörerischen Lebensstil...

Eine gewagte Behauptung – aber sie erscheint plausibel und eröffnet Perspektiven: *Die Ohnmacht lähmt uns, solange wir daran glauben!* Und dieser Glaube entfremdet uns wiederum und entmenschlicht uns, denn wir fesseln uns selbst, wir beugen uns darin einer „Selbsttotalität“ und berauben uns unserer Freiheit und Würde. Der Verzicht, sich entschieden für konkrete Treibhausgasreduktion und weitere Klimaschutzziele einzusetzen, bedeutet auch, auf die eigene Freiheit zu verzichten.

Können und wollen wir uns diese Ohnmacht und diesen Verzicht auf die eigene Freiheit länger leisten? Und können wir es uns wirklich leisten, „bei unseren Leisten zu bleiben“, angesichts dessen, was auf dem Spiel steht – nicht weniger als die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen? Können es sich die verschiedenen Klimaschutzgruppen weiterhin leisten, getrennt zu agieren mit dem Hang, nur die je eigenen Wege und Aktionen als relevant zu erachten? Können wir es uns leisten, engagierte Personen aus dem Bereich der Wissenschaft als einsame Rufer in der Wüste stehen zu lassen? Können Alpenverein und Naturfreunde nur als Wandervereine agieren, während ihnen die Natur wegstirbt? Können Samariterbund und Rotes Kreuz, Diakonie, Caritas uvm. nur als Sozialorganisationen tätig sein – wo liegt die Grenze, ab der politische Zurückhaltung angesichts der Klimakrise, die besonders die sozial Schwächeren trifft, selbst unsozial wird? Können die Kirchen sich angesichts der dramatischen Zerstörung der Lebensgrundlagen weiterhin so vornehm zurückhalten, wenn sie doch die Welt als Schöpfung Gottes verstehen? Können die Katholischen Christen, deren Papst geradezu Steilvorlagen liefert, indem er wie kein anderer das zerstörerische kapital-orientierte Wirtschaftssystem kritisiert und mit voller Kraft Klimaschutz einfordert, weiterhin dem zerstörerischen Wirtschaften so passiv zuschauen?

Vergessen wir nicht: Der österreichische Nationalrat(!) hat 2019 (wie auch das EU-Parlament und viele andere Parlamente) mit großer Mehrheit den Klimanotstand ausgerufen. Die Parteien haben sich dazu bekannt, der Klimakrise und ihren Folgen "höchste Priorität" einzuräumen. Es ist leise geworden um den Klimaschutz und Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung lobbyieren massiv für die Aufweichung der Klimaziele und -maßnahmen. *Ist nicht die Grenze längst erreicht, ab der Lippenbekenntnisse und sogar gruppeninterne Klimaschutzmaßnahmen zu wenig sind?* Verlangt nicht die allen gemeinsame Sorge um das bedrohte Gemeinwohl viel entschiedener, auch politische Anstrengungen für wirksamen Klimaschutz, weil eben dieses Gemeinwohl massiv bedroht ist? Ist nicht die Grenze längst erreicht, ab der man mit Political Correctness Schuld auf sich lädt, weil man die Zerstörung hinnimmt? Denn die leisen Töne für Klimaschutz werden faktisch als praktische Akzeptanz des zerstörerischen Status Quo ausgenutzt.

Verpflichtet uns nicht unsere Freiheit in den demokratischen Gesellschaften, auch gegenüber der viel größeren Anzahl von Menschen in unterdrückenden und diktatorischen Staaten, unsere Möglichkeiten für den Erhalt unseres Planeten wirklich auszuschöpfen? Verpflichten in der eindeutig mit Fakten belegten dramatischen Situation nicht die verbrieften Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit zu deutlich entschiedenerem öffentlichem politischem Eintreten?

8. Ein Wort zu den politischen Verantwortungsträger*innen

Ein Blick sei auf Menschen, die weitreichende Entscheidungen zu treffen und zu verantworten haben, geworfen: Die Politiker*innen. Generell dienen sie in einer aufgeheizten, krisengeschüttelten, skandalhungrigen Gesellschaft vielfach als Projektionsfläche für Versagen und Misserfolg. Es scheint, dass jede Person, die sich politisch engagiert, unter einem diffusen, breit gestreuten „Anfangsverdacht“ steht, dass es ihr in erster Linie um sich selbst, Karriere, Macht, Geld oder Parteiinteressen gehe. Könnte sein, dass auch in der Klimaschutz-Community ein gewisses Politiker-Bashing verbreitet ist: Mit denen kann man sowieso nicht reden...

Nicht nur die moralische Achtung vor der Würde jeder Person, sondern ebenso die Aussicht auf Erfolg in der Auseinandersetzung verlangt eine eigene kritische Distanz zu einer weit verbreiteten „Kultur des Verdachts“. Bei aller Kritik verlangt allein schon der Wahrheitsanspruch (um sich nicht selbst zu belügen!) eine Haltung, die einem Politiker bzw. einer Politikerin grundsätzlich Ideale, gute Absichten, Ehrlichkeit und Einsatz für die Menschen zubilligt. Mit einem Freund-Feind-Schema ist niemandem gedient.

Ein realistischer Blick wird auch die grundsätzlich schwierige Position mit faktischen Sachzwängen anerkennen, in denen Politiker*innen stecken: Parteilinie, Druck und Begehrlichkeiten bis hin zu erpresserischen Drohungen von verschiedenen Interessensgruppen, Abwägen von Kompromissen, Spannung zwischen Gewissensentscheidung und Klubzwang, für unpopuläre Beschlüsse bei der Bevölkerung gerade stehen müssen usw. Politiker*in sein heißt immer auch ein Stück weit, zwischen den Stühlen zu sitzen.

Eine respektvolle und offene Begegnungsweise überwindet ein vorschnelles Freund-Feind-Schema und ermöglicht einen Dialog auf Augenhöhe über Lösungen, die für alle tragbar sind. Sie erlaubt umgekehrt, Respekt auch von Politiker*innen einzufordern. Gerade eine solche angstfreie Kultur stärkt die Demokratie. Respekt beruht auf Gegenseitigkeit: Anders als eine Haltung der Unterwürfigkeit verlangt der Respekt, auch von Politiker*innen einzufordern, wofür sie gewählt sind: Verantwortete Entscheidungen für die Menschen zu treffen. Sie beim Wort zu nehmen, wofür sie eingetreten sind. Und sie gegebenenfalls daran zu erinnern, was sie beschlossen haben. In unserem Fall etwa: Sie an die eigene offizielle Einschätzung der Lage, wonach wir in einem Zustand des Klimanotstands leben, zu erinnern. Und Rede und Antwort einzufordern über ihre klar formulierte Schlussfolgerung, der Klimakrise und ihren Folgen höchste Priorität einzuräumen.

9. Vergemeinschaftung von Klimagruppen und Akteuren der Zivilgesellschaft als Weg

Noch einmal zu den Klimaschutzgruppen (es ist sehr ruhig um sie geworden, deshalb ist für diesen Absatz die Vergangenheitsform stimmiger): Die einzelnen Gruppen entwickelten eine stark ausgeprägte Identität und pflegten daraus ihren Stil. Das Nebeneinander zeigte eine sympathische Buntheit auf. Zugleich blieb ihre Wirksamkeit beschränkt: Die Demos der Fridays For Future fanden kurze mediale Berichterstattung – und das war's. Aktivismus der Letzten Generation oder von Extinction Rebellion ähnlich, sie polarisierten zudem stark und provozierten den Ruf nach strengen Strafen. Unzählige regionale Gruppen setzten Aktionen. Appelle und Faktenberichte von Wissenschaftler*innen verhallten in der eigenen Blase.

Das gemeinsame Schicksal all dieser „Player“ ist: Sie werden der realen Macht in Politik und Wirtschaft nicht gefährlich, weil sie zu klein und ohne Durchsetzungskraft sind. Selbst Dokumente des IPCC oder der EU Kommission entfalten wenig Druck, die verbindlichen und mit Sanktionen behafteten EU-Reduktionsziele werden achselzuckend halb ignoriert. Österreich leistet es sich zudem, nach mehrfacher Fristversäumung gleichsam „in letzter Sekunde“ vor Ende der Regierungsperiode den verlangten Nationalen Energie- und Klimaplan nach Brüssel zu schicken – in der Hoffnung, dass „eh alles passt“...

Vielleicht sollten wir uns Anleihen im Mannschaftssport nehmen. Das wesentliche ist die Fokussierung auf das gemeinsame Ziel, mit unterschiedlichen Eigenschaften und Talenten. Eine Fußballmannschaft braucht vom Tormann bis zum Mittelstürmer ganz unterschiedliche Qualifikationen, ohne dass der eine wichtiger oder richtiger sei als der andere. Auf Klimaschutz umgemünzt: Die Wissenschaftlerin trägt ebenso zum Erfolg bei wie der Aktivist. Der Leserbriefschreiber genauso wie die Rednerin bei einer Demo. Aber eben nicht jede und jeder für sich, sondern abgestimmt aufeinander, im Zusammenspiel, mit gemeinsamer Zielsetzung und Strategieentwicklung. Und dazu kommen all die Institutionen, Vereine und Gruppen, die alle wirksamen Klimaschutz einfordern. Sie bergen enormes Potential, denn in ihnen engagieren sich Menschen nach ihren Bedürfnissen, Interessen, Herzensanliegen und Talenten, sie verkörpern die „wirklichen Intentionen des Lebens“.

Wenn die vielen oben genannten NGOs sich einmischen, können ganz neue Chancen entstehen, weil sie nicht an politische Parteien gebunden sind und deshalb große Handlungsfreiheit entfalten können.

Man stelle sich vor: Die Direktorinnen der Diakonie und der Caritas, ebenso wie der Präsident des Roten Kreuzes, alle Bischöfe und Superintendent*innen, die Vorsitzenden aller anderen Glaubensgemeinschaften in Österreich, die Vorsitzenden des Alpenvereins und der Naturfreunde, die Präsidentin des Österreichischen Skiverbandes (schließlich schmilzt den Wintersportler*innen der Schnee unter den Füßen weg!),... die Repräsentant*innen aller oben genannten Vereine, Gruppierungen und Organisationen... vereinigen sich und *treten zusammen für ihre Überzeugung für wirksamen Klimaschutz ein – und auf!*

Man stelle sich vor: Sie erarbeiten in ihren Gremien nicht nur interne Maßnahmen, sondern diskutieren das Eintreten für entschiedenen Klimaschutz als wesentliche Aufgabe ihrer Organisation bzw. ihres Vereins. Sie kommunizieren faktenbasiert und in aller Freiheit die Dringlichkeit in ihren internen Medien und laden die Mitglieder ein, ebenso aktiv zu werden.

Man stelle sich vor: Sie nutzen ihre sehr vielfältigen Kontakte zu Entscheidungsträger*innen in Wirtschaft und Politik, vernetzen sich mit Fachleuten aus Wissenschaft ebenso wie Medien,

verschaffen Vertreter*innen gelungener Beispiele von Klimaschutzmaßnahmen Gehör – alles, um dem Schutz von Umwelt und Klima Gewicht zu verleihen. Immer in der klaren Selbstbeschränkung, dass es nicht um Lobbying für eigene Interessen, sondern für das Gemeinwohl geht.

Und man stelle sich vor: *Die Repräsentant*innen all dieser Organisationen, Vereine und Gruppen, die ja Klimaschutz propagieren, gehen mit ihren Gruppen gemeinsam für Klimaschutz an die Öffentlichkeit.* Sie haben das gemeinsame Ziel mit allen Klimaschutzgruppen vor Augen und fordern diesen ein, mit all ihrer Autorität und der Autorität der Überzeugung der Menschen in ihren Gruppen, die sie repräsentieren. Würde nicht die Ohnmacht schmelzen wie das Eis der Gletscher in den Alpen?

Und man stelle sich vor: Prominente Personen aus Literatur, Musik, Theater oder Sport reihen sich ein. Schon immer gab es in den Gesellschaften „herausragende Persönlichkeiten“: Menschen, denen Autorität zugebilligt wird und deren Wort Gewicht hat. Ihre Autorität kann auf unterschiedlichen Standbeinen stehen. Eine besondere Fähigkeit, die diese Person zum Star macht. Fachwissen, gekonntes Auftreten, Kommunikationsfähigkeit. Manchmal einfach auch die Glaubwürdigkeit, wenn „man sieht“, dass Reden und Handeln übereinstimmen. Schließlich beruht Autorität häufig schlicht auf der Position in einer Institution, einem Verein oder einer Organisation. Die Präsidentin, der Obmann, der Geschäftsführer, die Direktorin usw. spricht für die Organisation und repräsentiert sie. Das Wort dieser Person hat Gewicht nach innen, für die Mitglieder oder Mitarbeiter*innen, ebenso wie nach außen. Es ist eben zu beobachten, dass es bei Entwicklungsprozessen und Entscheidungen nie nur auf die nackten Fakten ankommt, sondern Emotionen, Sympathien und Autoritäten stark mitbestimmen.

Solches Zusammenspiel hat Potential für neue Dynamiken: Es kann Größeres entstehen, das in der Öffentlichkeit Präsenz erlangt und die wirtschaftlichen Interessensvertreter*innen und politischen Entscheidungsträger*innen an den Dialogtisch lockt – oder auch zwingt. Es wäre nicht das erste Mal, dass „soziale Kippunkte“ erreicht werden: Errungenschaften, die gegen große Widerstände erkämpft wurden, die danach aber breite Zustimmung gefunden haben und nicht mehr in Frage gestellt werden. Man denke etwa an die Gurtenpflicht im Auto, die 0,5-Promille-Grenze am Steuer, das Rauchverbot in Lokalen oder das Klimaticket.

Die Vertreter*innen der Organisationen müssen nicht die einzelnen Lösungen parat haben. Ihre Kompetenz besteht darin, der faktischen Dringlichkeit und Notwendigkeit von Klimaschutz Präsenz in der Öffentlichkeit und in der Debatte zu verschaffen. Sie sorgen für die Bühne und die nötige Aufmerksamkeit, dass Fachleute die Lösungsvorschläge präsentieren und mit den Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft diskutieren können. Durch ihre Autorität (sie stehen ja nicht für ihre Privatmeinung, sondern verkörpern die Überzeugung ihrer Organisation oder ihres Vereins!) verleihen sie dem Klimaschutz Gewicht und können bewirken, dass neue faktenbasierte Debatten zwischen Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen, Wirtschaftsvertreter*innen und Parteien entstehen.

10. Ideenbausteine, die Bewegung in die geschwächte Klimaschutzdebatte bringen können

Das vorhergehende Kapitel war dem Blick auf das Potential der Vergemeinschaftung von verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft für das gemeinsame Ziel gewidmet. Hier folgen ein paar Überlegungen zu notwendigen Faktoren, dass eine Initiative politisch wirksam werden kann. Die entscheidende Frage ist nach wie vor: Wie können wir bewirken, dass notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz rasch beschlossen und umgesetzt werden?

Wichtig scheint mir, ein positives Narrativ zu entfalten: Klimagerechtes Leben und Wirtschaften bedeuten nicht in erster Linie Verzicht, sondern führen zu besserer Lebensqualität.

Raus aus der Nische – es muss sichtbar werden, dass Klimaschutz nicht das Thema einer kleinen Blase ist. Je mehr Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen sich beteiligen, desto deutlicher wird, dass wirksamer Klimaschutz im Interesse einer breiten Bevölkerungsmehrheit liegt.

Eine Initiative muss die öffentliche Wahrnehmungsschwelle überschreiten, sodass sie für die Medien interessant ist. Erst dann hat sie auch für Entscheidungsträger*innen Gewicht. Ein abgestimmtes Konzept mit einer „Dachmarke“, durchgehend über eine überschaubare längere Dauer, wird für Medienschaffende interessant: Veranstaltungen können angekündigt und über sie berichtet werden; auf Folgetermine kann verwiesen werden; Interviews mit bekannten Persönlichkeiten versprechen Leserschaft...

In der Reflexion am Ende wird die Wirksamkeit gesichtet und werden nächste Schritte überlegt...

Herbst 2023: Von 21. Oktober, 6 Uhr bis 28. Oktober, 21 Uhr war am Parlamentsvorplatz (am Nationalfeiertag als Ausweichplatz vor dem Stephansdom) ein kleines Partyzelt zu sehen, darin immer mindestens drei Personen. Sie hielten eine Mahnwache unter dem Motto „183 Stunden für das Klima. 183 Abgeordnete – handelt JETZT“. Jedem und jeder Nationalratsabgeordneten war eine Stunde gewidmet, einige von ihnen folgten auch der persönlichen Einladung zum Gespräch über die Klimakrise. Musiker*innen traten auf, Wissenschaftler gaben Statements ab, schriftlich oder beim Pressegespräch. Hunderte, teils sehr intensive Gespräche mit Passant*innen kamen zustande, geprägt von Sympathie und Zustimmung bis hin zu Ablehnung und Beschimpfungen. Viele wurden initiativ und schickten Emails an die Abgeordneten.... (Details unter www.klima183.at)

Initiiert wurde die Aktion von einer kleinen bunt zusammengewürfelten Gruppe von klima-bewegten Menschen aus ganz Österreich, die sich größtenteils vorher kaum kannten und online vernetzten. Ohne bezahlte Zeitressourcen und praktisch ohne Budget.

Was hat die Aktion bewirkt? Es wurden daraufhin keine neuen Klimaschutzmaßnahmen beschlossen, auch die Medienpräsenz war überschaubar. Es war gedacht als eine Symbol-Aktion, die ein Zeichen setzen wollte, durchaus im Bewusstsein, die handelnden Personen in Politik und Wirtschaft nicht wirklich herausfordern zu können.

Dennoch war es nicht umsonst. Beeindruckend war die Beteiligung von vielen Personen, die über Soziale Medien davon erfahren hatten und sich stundenweise oder gar für mehrere Schichten an der Mahnwache beteiligten. Umwelt- und Klimagruppen, vor allem im Wiener Raum, haben sich dadurch vernetzt und Erfahrungen und Ideen ausgetauscht.

Bei Betrachtung der breiten Zustimmung in der Bevölkerung für weitere Klimaschutzmaßnahmen und der vielen oben genannten Institutionen, Gruppen und Vereine, die selbst immer wieder Klimaschutz einfordern, könnte die Aktion Modellcharakter entfalten und entsprechend erweitert werden .

Ein paar Punkte seien stichwortartig zur Diskussion gestellt:

- Längere Dauer: Eine Einzelaktion geht schnell vorbei und ist nach ein paar Stunden Geschichte. Eine durchgehende Initiative über etwas mehr als eine ganze Woche, mit verschiedenen Aktionen und Schwerpunkten an den einzelnen Tagen, ist auch für Medien interessant.
- Symbolik: Der Ort – vor dem Parlament, wo die Entscheidungen getroffen und die Gesetze beschlossen werden. Die Zeit – 183 Stunden als Ausdruck, dass jede*r einzelne Abgeordnete Verantwortung trägt und Gewicht hat. Durchgehende Präsenz mehrerer Leute, auch bei Nacht.
- Engagement von Führungspersönlichkeiten und bekannten Personen aus Kunst, Kultur, Sport, Religionen oder dem öffentlichen Leben. Warum nicht auch Lesungen, Musik- oder Theater-Einlagen?
- Beteiligung von Fachleuten aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, die einerseits die Fakten belegen, andererseits Lösungswege und Schon-Erreichtes präsentieren.
- Anzudenken wäre auch eine Aktion vor der Wirtschaftskammer, mit herausfordernden Fakten ebenso wie Gesprächsformaten mit Vertreter*innen von Unternehmen und der Wirtschaftskammer.
- Ein Aktionstag an/in der Universität mit Wissenschaft und Forschung.
- Ein Konzert an einem symbolträchtigen Ort (vor dem Parlament, Ballhausplatz, Heldenplatz...)
- Möglichkeiten für die Menschen (Erwachsene und Kinder...), ihre Klima-Hoffnungen kreativ darzustellen.
- Vielleicht beteiligen sich auch Kultur- und Sportveranstalter: Ein Statement von Ensemblemitgliedern in Oper oder Theater, eine „Schweigeminute für das Klima“ vor dem Bundesligaspiel...
- Eine Großdemo von Fridays For Future; warum nicht auch eine punktuelle Aktion von zivilem Ungehorsam von Extinction Rebellion und Letzter Generation?
- Immer wieder Formate für das Gespräch mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, über Hoffnungen für ein lebenswertes Leben in Zukunft ebenso wie über Ängste sowie konkrete Wege und Maßnahmen.
- ...

Eine solche Aktion wird nicht sofort neue Maßnahmen bewirken. Aber: wenn eine Aktionswoche von vielen NGOs ebenso wie Institutionen und Verbänden breit getragen wird, kann sie eine neue Dynamik entfalten: Zum einen die Dringlichkeit von Klimaschutz wieder neu und bunt in die Medienlandschaft bringen. Zum anderen Verbindungen herstellen, Vorurteile abbauen, Dialog ermöglichen, Interessen verstehen, die Vereinzelung und Ohnmacht überwinden, Motivation fördern, die Ängste der Betroffenen auf verschiedenen Seiten wahrnehmen und manche vielleicht abbauen, Verständnis über einzelne Schritte erzielen, plausible Lösungen finden, Narrative verändern...

Es kann die Überzeugung wachsen, dass ein klimafreundliches Leben und Wirtschaften die Lebensqualität für alle erhöht. Es kann in der Gesellschaft eine Erweiterung des Blickwinkels auf

Klimaschutz angestoßen werden: Vom widerborstigen „wir müssen“ zum zuversichtlichen „wir können“ und „wir wollen“, bis hin zum entschlossenen „wir werden“.

Und es kann sein, dass das „Gewicht“ der Beteiligten, sowohl aufgrund der Menge als auch der repräsentierenden Personen, Bewegung in die Sache bringt: dass Interessenvertreter*innen der Wirtschaft und Politiker*innen der verschiedenen Parteien selbst neue Perspektiven entdecken und ein Stück weit zum Umdenken veranlasst werden. Dass sie verstehen: Die Zeit ist überreif, unseren Planeten zu schützen, so gut es noch geht.

Es kann sein, dass Österreich im Bereich Umwelt- und Klimaschutz (wieder) ein Stück Autorität in der Internationalen Gemeinschaft erlangt und zur Beschleunigung von Klimaschutz in anderen Ländern beiträgt.

Es kann... Diese Dynamik kann man nicht planen. Aber es liegt an uns allen, sie zu ermöglichen. Die Wahrscheinlichkeit für Erfolg steigt mit jeder Person und jeder Organisation, die ihre Verantwortung für Klimaschutz wahrnimmt und den eigenen Freiheitsraum ausschöpft.

„Future could be bloody brilliant.“

Rob Hopkins

„Keiner von uns darf ein Weh, für das die Verantwortung nicht zu tragen ist, geschehen lassen, soweit er es nur hindern kann. Keiner darf sich dabei beruhigen, dass er sich damit in Sachen mischen würde, die ihn nichts angehen.“

Albert Schweitzer